

«Bessere Lösung kaum möglich»

Bilaterale Verträge Starker Baselbieter Auftritt von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf

Die Regierungen beider Basel und Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf schworen gestern Abend in Münchenstein die Region auf ein Ja zur Fortführung der bilateralen Verträge ein.

HANS-MARTIN JERMANN

Einen starken Auftritt hatte Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf bei ihrem ersten grossen Besuch als Bundesrätin im Baselbiet: Unaufgeregt, eloquent – die Bündnerin argumentierte aus dem Stegreif ohne Manuskript – und mit einer Prise trockenem Humor warb sie gestern Abend im Kuspo in Mün-

chenstein für die Fortführung der bilateralen Verträge. Die bisherigen Erfahrungen seien positiv, sagte die jüngst zur «Schweizerin des Jahres 2008» erkorene Magistratin. Seit 2002 seien in der Schweiz 250 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. «Es gibt keine ungebremste Einwanderung und kein Lohn- und Sozialdumping», hielt sie fest.

Zum Einwand, dass diese positiven Erfahrungen in Zeiten der Hochkonjunktur gemacht wurden, nun aber eine Rezession drohe, sagte Widmer-Schlumpf: «Das System reagiert schnell: Ist weniger Arbeit vorhanden, so wandern auch weniger Menschen in unser Land ein.» So sei im November und De-



«**POSITIVE ERFAHRUNGEN**» Eveline Widmer-Schlumpf gestern Abend in Münchenstein vor mehreren hundert Zuhörern. HEINZ DÜRRENBARGER

zember, als erste Anzeichen der Krise spürbar wurden, die Zuwanderung von Deutschen um 40 Prozent zurückgegangen.

«**Bei einem Nein** würde die Schweiz **jenen Weg** verlassen, den wir kennen und der Stabilität gebracht hat.»

EVELINE WIDMER-SCHLUMPF, BUNDESRÄTIN

Doch was droht bei einem Nein des Schweizer Volks am 8. Februar? Für die Justizministerin ist klar, dass dann sämtliche Bestandteile der Bilateralen I mit der EU ausser Kraft treten. «Die Schweiz würde damit jenen Weg verlassen, den wir kennen und der Stabilität gebracht hat.» Wie es weiter gehen würde, wäre ungewiss; natürlich würde der Bundesrat eine Lösung suchen wollen. Allerdings müsste dann die Schweiz – anders als noch bei den Bilateralen I – mit 27 EU-Staaten verhandeln, darunter mit solchen, die nicht so viel Verständnis für die Anliegen der Schweiz haben wie die «alten» EU-Mitglieder. Kurzum: «Eine bessere Lösung ist kaum möglich», betonte Widmer-Schlumpf.

Die Volkswirtschaftsdirektoren der beiden Basel, Ralph Lewin und Peter Zwick, schworen die mehreren hundert Zuhörer im Kuspo regelrecht auf ein Ja am 8. Februar ein: «Wir sollten keine Sandkörner in ein erfolgreiches Getriebe streuen», meinte der Baseler Regierungsrat Zwick. Und sein Kollege aus der Stadt doppelte nach: Die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft sei auf gute Be-

«**Für unsere Region ist das eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahrzehnte.**»

RALPH LEWIN, REGIERUNGSRAT BASEL-STADT

ziehungen mit dem Ausland angewiesen. «Für Basel-Stadt gilt dies gar im Quadrat.» Ein Nein wäre ein unverantwortliches Spiel mit Arbeitsplätzen, sagte Lewin mit Blick auf die vielen hochqualifizierten Fachkräfte aus dem EU-Raum, die in den hiesigen Life-Sciences-Unternehmen angestellt sind. Lewin, der mit gewohntem Elan argumentierte, schloss mit der «wohl nicht übertriebenen Feststellung»: «Für unsere Region ist das eine der wichtigsten Abstimmungen der letzten Jahrzehnte.»

Welche Bedeutung die bilateralen Verträge für die Unternehmen der Region haben, illustrierte Ricola-Chef Adrian Kohler: Nach dem EWR-Nein 1992 hat der Laufner Bonbon-Hersteller einen Abpackbetrieb im Elsass aufgebaut; dies weil die Zollgebühren für zuckerfreie Produkte sehr hoch seien, wie Kohler betonte. Es tue ihm weh, dass die Ricola dort so viele Steuern bezahle und dort anstatt im Baselbiet Arbeitsplätze geschaffen habe. Kohler liess dennoch keine Zweifel offen, was sich die Ricola bei einem neuerlichen Nein überlegen würde: «Wir müssten ins Auge fassen, weitere Abpackbetriebe ins Ausland zu verlegen.»